

Ein Bericht in der New York Times zeigt, wie der US-Mainstream das Vorrücken türkischer Truppen auf das Gebiet der syrischen Stadt Afrin einschätzt.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 012/18 – 26.01.18**

Beim türkischen Angriff auf die Kurden in Syrien stehen die USA an der Seitenlinie

Von Mark Landler und Carlotta Gall
The New York Times, 22.01.18

(<https://www.nytimes.com/2018/01/22/world/middleeast/turkey-syria-kurds-us.html>)

WASHINGTON – Als Präsident-Trump im September 2017 auf einer Sitzung der Vereinten Nationen mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan zusammentraf, umarmte er ihn wie einen Freund und erklärte: "Wir sind uns so nahe wie nie zuvor." Fünf Monate später überfallen die Türken die syrischen Kurden, die engsten Verbündeten der USA im Krieg gegen den Islamischen Staat.

Mit der türkischen Offensive, die trotz Protesten der USA, aber offenbar mit Zustimmung Russlands stattfindet, beginnt eine sehr riskante neue Phase in den Beziehungen zweier NATO-Verbündeter, weil dabei ein zwischen beiden bestehender Interessenkonflikt auf dem Schlachtfeld ausgetragen wird. Daran zeigt sich auch, wie viel Einfluss die USA in Syrien verloren haben, weil sie sich zu sehr auf die Bekämpfung des Islamischen Staates konzentrierten.

Als am Montag türkische Truppen auf die kurdische Stadt Afrin im Nordwesten Syriens vorzurücken begannen, ermahnte das Weiße Haus die Türkei, den Kampf gegen den Islamischen Staat nicht aus den Augen zu verlieren. Man ging aber nicht so weit, die Türkei zu rügen und erkannte sogar deren Sicherheitsprobleme mit den Kurden an, die von den Türken als Terroristen und Bedrohung für ihr Land angesehen werden.

Der drohende Konflikt mit den USA, deren wichtigster Partner im Bodenkampf gegen den Islamischen Staat die Kurden sind, konnte bisher vermieden werden, weil die Islamisten eine Bedrohung waren. Da der Islamische Staat nun fast besiegt ist, sucht das Weiße Haus nach einer Möglichkeit, die guten Beziehungen zu den kurdischen Kämpfern aufrechtzuerhalten, ohne die Türkei zu vergrämen.

Die Trump-Regierung will den Kurden beim Aufbau von Kräften zur Grenzsicherung im Nordosten Syriens helfen, die sie vor neuem Angriffen des Islamischen Staates schützen sollen. Das wollen die Türken aber nicht zulassen, weil sie befürchten, dass dadurch ein neues Aufmarschgebiet für Angriffe auf ihr Land entstehen könnte.

"Die USA versuchen, sich in Syrien auf einem sehr schmalen Grat zu bewegen," erklärte Ali Soufan (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Ali_Soufan), ein ehemaliger Terrorbekämpfer des FBI, der jetzt Präsident der Soufan Group (s. <http://www.soufangroup.com/about/>) ist. Er fügte hinzu: "Weil das Schlachtfeld in Syrien immer kleiner wird, sind die Kampflinien kaum noch zu trennen."

Soufan ergänzte: "Die US-Regierung muss entweder ihre Unterstützung für die kurdischen Rebellen drastisch zurückfahren und damit einen weiteren Verrat an einer der wenigen Gruppierungen begehen, die in Syrien und im Irak bisher immer zu den USA gehalten ha-

ben, oder einen direkten oder indirekten Konflikt mit ihrem NATO-Verbündeten Türkei riskieren."

Die US-Regierung hat versucht, sich mit sorgfältig formulierten Erklärungen des Außenministers Rex W. Tillerson, des Verteidigungsministers Jim Mattis und der Pressesprecherin des Weißen Hauses, Sarah Huckabee Sanders, vor einer Entscheidung zu drücken.

Tillerson gestand der Türkei zu, "einen legitimen Anspruch darauf zu haben, dass Terroristen nicht über ihre Grenze wechseln können". Mattis dankte der Türkei dafür, dass sie den USA erlaubt, von ihrem Luftwaffenstützpunkt Incirlik aus Angriffe auf den Islamischen Staat zu fliegen. Frau Sanders forderte die Türkei am Montag auf, sich bei ihren verbalen Ausfällen und bei ihren Militäraktionen zurückzuhalten und deren Ausmaß und Dauer zu begrenzen".

Wie so häufig in Syrien scheinen die USA auch diesmal wieder überwiegend als Beobachter beteiligt zu sein. Weil sie sich zurückgehalten haben, konnte Russland das Vakuum auffüllen, mehr Einfluss gewinnen und seine Beziehungen zur Türkei verbessern.

Journalisten in Ankara sind sich weitgehend einig darüber, dass die türkische Regierung von Russland grünes Licht für ihre Offensive erhalten hat, obwohl das von Russland offiziell bestritten wird. Auch Erdogan sagte am Montag, die Türkei habe ihre Operation mit Russland abgesprochen.

"Russland bestimmt das Tempo dieser Operation," erklärte Metin Gurcan (s. <https://www.al-monitor.com/pulse/tr/contents/authors/metin-gurcan.html>), der als Sicherheitsanalyst und Kolumnist für Al-Monitor (s. <https://en.wikipedia.org/wiki/Al-Monitor>) arbeitet.

Dass die türkischen Streitkräfte am Montag gemeinsam mit Kämpfern der Freien Syrischen Armee eine Anhöhe und drei Dörfer bei Afrin einnehmen konnten, war nach Ansicht von Militäranalysten nur möglich, weil Russland das Eindringen türkischer Kampfjets in den syrischen Luftraum zuließ.



Kartenausschnitt entnommen aus Google Maps

Afrin liegt nämlich westlich des Euphrats, also in dem Teil Syriens, dessen Luftrum von Russland kontrolliert wird; die USA kontrollieren den syrischen Luftraum östlich des Euphrats.

Für das politische Überleben Erdogans, der bei der in diesem oder nächsten Jahr anstehenden Präsidentenwahl die Unterstützung der Nationalisten braucht, ist die Afrin-Operation äußerst wichtig. Er hat die USA schon wiederholt kritisiert, weil sie die syrischen Kurden-Milizen unterstützen, die mit der (in der Türkei) verbotenen PKK verbündet sind, einer

militanten kurdischen Organisation, die wegen ihrer separatistischen Bestrebungen seit drei Jahrzehnten von der Türkei bekämpft wird.

Am Montag hat Erdogan den USA einen weiteren verbalen Schlag versetzt – mit der Bemerkung: "Unser Staat nimmt keinem anderen Staat Land weg."

"Wenn unsere Operation ihre Ziele erreicht hat, werden wir uns wieder zurückziehen," versicherte der türkische Präsident in seinem Palast vor einer Gruppe von Unternehmern. "Andere Staaten, darunter auch die USA, fragen uns nach der Dauer unserer Operation. Ich frage zurück: Wie lange wollt ihr noch in Afghanistan bleiben? Wir werden nur unseren Job machen und dann wieder abziehen, also keinesfalls bleiben. Und wir fragen niemand um Erlaubnis, ob wir das tun dürfen."

Russland hat sich der Beschuldigung der Türkei angeschlossen, die USA hätten die Kurden zur Verschärfung der Situation in Syrien ermutigt. "Entweder haben die USA den Ernst der Lage nicht erkannt oder die kurdische Provokation sogar initiiert," stellte der russische Außenminister Sergei W. Lawrow fest.

Der türkische Angriff ist auch ein Beleg für die verbesserten Beziehungen zwischen der Türkei und Russland; die waren im November 2015 auf einem Tiefpunkt, weil die Türken damals einen russischen Kampffjet über Syrien abgeschossen haben (s. dazu auch <http://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-und-russland-raetsel-um-kampffjet-abschuss-ueber-syrien-a-1064405.html>).

Mach Meinung von Analysten hatte Russland gute Gründe, den türkischen Angriff zuzulassen. Er hat mit Sicherheit nicht nur die Spannungen zwischen den USA und ihrem NATO-Verbündeten Türkei, sondern auch den diplomatischen Einfluss Russlands auf die ganze Region erhöht. Vermutlich kann Russland auch damit rechnen, dass die Türkei nun als Gegenleistung wegsehen wird, wenn die syrische Armee mit russischer Luftunterstützung die Rebellen in der Provinz Idlib angreift, obwohl die in ihrem Kampf gegen die syrische Regierung bisher von der Türkei unterstützt wurden.

Die USA haben auch einige Schritte unternommen um Erdogan zu beruhigen. Nach der Rückeroberung Raqqas, der Hauptstadt des Islamischen Staates, haben sie die Belieferung der Kurden mit schweren Waffen eingestellt. Nach Auskunft von Vertretern der US-Regierung sollen die engen Beziehungen zu den Kurden aber unbedingt aufrechterhalten werden, weil sich die kurdischen Milizen bei der Bekämpfung des IS bewährt haben.

In den letzten Wochen haben höhere US-Offizielle betont, die Sicherheit im Norden Syriens müsse durch die Aufstellung lokaler Sicherheitskräfte gewährleistet werden, deren Zusammensetzung die demographischen Gegebenheiten vor dem Bürgerkrieg widerspiegeln solle. Dazu müssten aber mehrere zehntausend Araber zurückkehren, die während der Kämpfe aus diesem Gebiet geflohen waren.

Tillerson hat letzte Woche in einer Rede eine dazu passende Strategie entworfen: Er kündigte an, die USA wollten auf absehbare Zeit eigene Truppen in Syrien stationieren.

"Wir können nicht zulassen, dass sich in Syrien die Geschichte wiederholt," erklärte er. "Der ISIS steht zwar schon mit einem Fuß im Grab, aber wir werden so lange US-Truppen in Syrien belassen müssen, bis er vollkommen besiegt ist, und hoffen, dass er bald ganz im Grab liegen wird."

Kritiker fragen sich jedoch, ob die US-Regierung über das diplomatische Geschick und das politische und militärische Durchsetzungsvermögen verfügt, das sie zur Umsetzung

dieser Strategie bräuchte. Ihre Aufmerksamkeit richte sich auch jetzt noch fast ausschließlich auf den Kampf gegen den Islamischen Staat und viel zu wenig auf das gemeinsame Interesse, das die Türkei und die USA am vereinten Widerstand gegen Russland, den Iran und die syrische Regierung unter Baschar al-Assad haben müssten.

Einige Analysten empfehlen der US-Regierung deshalb, der türkischen Regierung unmissverständlich klarzumachen, dass die guten Beziehungen der USA zu den syrischen Kurden den Krieg gegen den Islamischen Staat überdauern werden.

"Wir haben den Türken erklärt, dass wir uns aus taktischen Gründen vorübergehend mit den Kurden verbünden mussten, um den ISIS besiegen zu können," äußerte James F. Jeffrey, ein ehemaliger US-Botschafter in der Türkei und im Irak. "(Jetzt müssen wir den Türken klarmachen,) dass wir die Kurden auch in Zukunft brauchen, um den Iran in Schach zu halten."

Er warf der US-Regierung vor, Erdogan mit unklaren Botschaften verärgert und es ihm damit unmöglich gemacht zu haben, über die bestehenden Verbindungen zwischen den syrischen Kurden und der PKK (erst einmal) hinwegzusehen.

"Wir müssen doch vor allem versuchen, einen Keil zwischen die Russen und die Syrer zu treiben, indem wir versichern, dass wir länger in Syrien bleiben, um doch noch eine politische Lösung (d. h. den Sturz Assads) durchzusetzen," fügte Jeffrey hinzu. "In unseren bisherigen öffentlichen Ankündigungen ist es uns offensichtlich nicht gelungen, der Türkei diese Botschaft zu vermitteln."

Bis jetzt beschränken sich die türkischen Operationen auf Ziele um Afrin, das rund 25 Meilen (40 km) nördlich von Aleppo und rund 75 Meilen (120 km) vom Hauptgebiet der Kurden östlich des Euphrats liegt – also auf einem Gebiet, das weniger interessant für die USA ist.

Nach Meinung Andrew J. Tablers, eines Syrien-Experten am Washington Institute for Near East Studies (s. <http://www.washingtoninstitute.org/experts/view/tablet-andrew-j>), erhebt sich jetzt die Frage: "Werden die Türken nach der Eroberung dieses Gebietes weiter vorstoßen und damit einen Konflikt mit der Hauptmacht der Kurden oder sogar mit US-Truppen riskieren?"

Mark Landler hat aus Washington und Carlotta Gall aus Istanbul berichtet. Eric Schmitt hat aus Washington zu ihrem Bericht beigetragen.

(Wir haben den Artikel, der wieder einmal belegt, dass sich das politische Establishment der USA eigentlich nur dafür interessiert, welche Folgen ein Vorkommnis für die USA haben könnte, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The New York Times

As Turkey Attacks Kurds in Syria, U.S. Is on the Sideline

By MARK LANDLER and CARLOTTA GALL, JAN. 22, 2018

WASHINGTON — When President Trump met with Turkey's president, Recep Tayyip Erdogan, at the United Nations last September, he embraced him as a friend and declared,

“We’re as close as we’ve ever been.” Five months later, Turkey is waging an all-out assault against Syrian Kurds, America’s closest allies in the war against the Islamic State.

The Turkish offensive, carried out over the protests of the United States but with the apparent assent of Russia, marks a perilous new phase in relations between two NATO allies — bringing their interests into direct conflict on the battlefield. It lays bare how much leverage the United States has lost in Syria, where its single-minded focus has been on vanquishing Islamist militants.

As Turkish troops advanced Monday on the Kurdish town of Afrin, in northwest Syria, the White House warned Turkey not to take its eye off the campaign against the Islamic State. But it stopped short of rebuking Turkey, and acknowledged its security concerns about the Kurds, whom Turkey considers terrorists and a threat to its territorial sovereignty.

The inherent conflict of the United States using the Kurds as its on-the-ground partner in fighting the Islamic State could be overlooked as long as that group remained a threat. But with the militants now in retreat, the White House is groping for a way to maintain relations with the Kurdish fighters without further alienating the Turks.

The Trump administration’s response has been to help the Kurds build a border security force in northeast Syria, ostensibly to guard against the resurgence of the Islamic State. But that has only antagonized the Turks, who view it as a staging ground for a future insurgency against their homeland.

“The U.S. has tried to walk a very fine line in Syria,” said Ali Soufan, a former F.B.I. counterterrorism agent who is now chairman of the Soufan Group. But, he said, “as the battlefield shrinks in Syria, the line has become near impossible to maintain.”

Mr. Soufan said the United States “would likely have to either dramatically scale back its support of the Kurdish rebels — which would be seen as yet another U.S. betrayal of the few groups that have consistently supported and helped the U.S. in Syria and Iraq — or risk indirect and even direct conflict with Turkey, a fellow NATO member.”

The administration tried to stave off either of those scenarios with carefully worded statements by Secretary of State Rex W. Tillerson, Secretary of Defense Jim Mattis and the White House press secretary, Sarah Huckabee Sanders.

Mr. Tillerson acknowledged that Turkey has “legitimate concerns about terrorists crossing the border,” while Mr. Mattis praised Turkey for allowing the United States to use its air base at Incirlik to fly missions against the Islamic State. Ms. Sanders urged Turkey on Monday to use “restraint in its military actions and rhetoric,” and limit the scope and duration of the operation.

As it has so often in Syria, however, the United States seemed mostly a bystander. And as it has receded, Russia has filled the vacuum, gaining influence and rehabilitating its relationship with Turkey.

It is widely assumed in Ankara that the Turkish government received a green light from Russia to launch the attack, even as Russian officials denied it. Mr. Erdogan said Monday that Turkey had an agreement with Russia on the operation.

“Russia is managing the tempo of this operation,” said Metin Gurcan, a security analyst and columnist for *Al-Monitor*.

Though Turkish forces, together with fighters of the Free Syrian Army, captured high ground and three villages near Afrin on Monday, military analysts said the campaign was dependent on Russia's agreement to open up the airspace to Turkish jets.

Russia controls Syrian airspace in the region west of the Euphrates River, which includes Afrin, while the United States controls the skies east of the Euphrates.

For Mr. Erdogan, who is seeking the support of nationalists before presidential elections this year or next, the Afrin operation is politically vital. He has criticized the United States over its support of the Syrian Kurd militias, which he says are allied with the outlawed P.K.K., a Kurdish militant group that has been waging a separatist struggle in Turkey for the last three decades.

On Monday, he took another swipe at the United States, saying, "Our country does not envy the soil of others."

"When the operation achieves its aims, it would be over," Mr. Erdogan told a group of businessmen in the presidential palace. "Some, or America, are asking us about the duration. And I am asking America, 'Was your timing determined in Afghanistan?' When the job is done. We are not eager to stay. We know when to pull out. And we do not care to have permission from anyone to do this."

Russia has joined Turkey in accusing the United States of encouraging the Kurds and aggravating the situation in Syria. "This is either a lack of understanding of the situation or an absolutely conscious provocation," said the foreign minister, Sergey V. Lavrov.

The Turkish assault underscores the deepening ties between Russia and Turkey — a relationship that has rebounded from the nadir of November 2015, when the Turks shot down a Russian fighter plane over Syria.

Analysts say Russia has good reasons to bless the Turkish attack. It stands to gain by sowing discord between the United States and its allies and, more broadly, by extending diplomatic influence in the region. They also speculate that Turkey, in return for Moscow's forbearance, has agreed to turn a blind eye to Russian and Syrian attacks on rebels in Idlib Province, who are nominally allied with Turkey against the Syrian government.

The United States has taken some steps to reassure Mr. Erdogan. It stopped supplying heavy weapons to the Kurds, now that the operation to retake the Islamic State stronghold of Raqqa is finished. But administration officials said they were determined to continue their relationship with the Kurds because of their effectiveness in fighting militants.

In recent weeks, senior American officials have talked about the need to re-establish security in northern Syria by installing local security forces that reflect the demographics of those areas before the civil war. That would require the return of tens of thousands of Arabs who fled Syria during the fighting.

Mr. Tillerson outlined the strategy in a speech last week in which he said the United States would keep troops in Syria for the foreseeable future.

"We cannot allow history to repeat itself in Syria," he said. "ISIS presently has one foot in the grave, and by maintaining an American military presence in Syria until the full and complete defeat of ISIS is achieved, it will soon have two."

Critics, however, questioned whether the administration had the diplomatic muscle, political commitment or military staying power to put that strategy into effect. Even now, some noted, many of its statements are still narrowly focused on the fight against the Islamic State and do not take account of the common interest Turkey and the United States have in resisting Russia, Iran and the Syrian government of Bashar al-Assad.

The United States, some analysts said, needs to make a better case to the Turkish government for why the American alliance with the Syrian Kurds will most likely outlast the war against the Islamic State.

“We told the Turks that the Kurds were temporary, tactical, and transactional to defeat ISIS,” said James F. Jeffrey, a former American ambassador to Turkey and Iraq. “Now we need them to contain Iran.”

He said the administration was sending mixed messages to the Turks, which antagonized Mr. Erdogan and made it impossible for him to turn a blind eye to the links between the Syrian Kurds and the P.K.K.

“The whole purpose of this is to split the Russians from the Syrians by saying we’re going to stay on to force a political solution in Syria,” Mr. Jeffrey said. “We have a seeming inability, in our various public announcements, to send this message to the Turks.”

So far, the Turkish operations have been limited to targets around Afrin, which lies about 25 miles north of Aleppo and about 75 miles from the main Kurdish areas east of the Euphrates River. These areas are of less concern to the United States.

The question, said Andrew J. Tabler, a Syria expert at the Washington Institute for Near Eastern Studies, is, “Once Turkey gets control of that area, will they push into the other areas?” That could bring Turkey into conflict with the main force of Kurds, and even potentially, with American troops.

Mark Landler reported from Washington, and Carlotta Gall from Istanbul. Eric Schmitt contributed reporting from Washington.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern